

# Konspirativ gegen den Krieg

Berliner Umweltbibliothek – politische Arbeit bis in Nachwendeziten



**Ekkehard Forberg** war in den 90er Jahren in der Berliner Umweltbibliothek (UB) aktiv. Heute arbeitet der Politologe bei einer Eine-Welt-Organisation. Mit ihm sprach ND-Mitarbeiterin **Anke Engelmann**.

Foto: privat

● Die Berliner Umweltbibliothek war den DDR-Obersten ein Dorn im Auge. Man infiltrierte, gängelte, verfolgte sie. Wie bist du zur UB gekommen?

1987, nach dem Überfall auf die UB, fuhr ich nach Berlin, um die Umweltblätter für Freunde zu besorgen. Nach der Wende habe ich in Dresden ein Archiv mit Kopien der wichtigsten Strukturakten des MfS aufgebaut. Dabei habe ich mit der UB eng zusammengearbeitet, die das Gleiche in Berlin tat. Als ich 1993 zum Studium nach Berlin ging, machte ich im Café und bei der politischen Arbeit der UB mit.

● Du warst an der Besetzung von Ex-NVA-Schiffen in Peenemünde beteiligt, die von der Bundesrepublik an das indonesische Regime gehen sollten. Wie kam es dazu?

Das war 1993. Die Idee stammte aus meinem Freundeskreis in Dresden und Halle. Dabei waren frühere Bausoldaten, die einmal in Peenemünde stationiert waren. Wir hörten von dem bevorstehenden Exportgeschäft und uns war klar, dass die Schiffe bestens geeignet waren, um indonesisches Besatzer-Militär samt Ausrüstung nach Ost-Timor zu bringen, wo gerade ein Völkermord vonstatten ging. So ist es nachher auch gekommen – wir wissen, dass min-

destens eines der Schiffe dafür eingesetzt wurde.

● Was hatte die UB damit zu tun?

Die in der UB engagierten Leute zogen sofort mit, und das war auch wichtig – schließlich konnten

wir nur konspirativ mobilisieren. Zu Pfingsten 1993 waren dann über 300 Friedensbewegte aus Ost und West dabei, als die Schiffe besetzt und bunt angemalt wurden. Die Umweltbibliothek befasste sich schon immer mit allen gesellschaftspolitisch relevanten Themen, so auch mit der Militarisierung des Alltags in der DDR.

● Würdest du die Aktion als erfolgreich bezeichnen?

Ja. Obwohl wir den Export der Schiffe nicht verhindern konnten. Mit unserer Besetzung und durch die folgenden Gerichtsverfahren, die wir wegen der völkerrechtswidrigen Besetzung Ost-Timors alle gewannen, haben wir die Öffentlichkeit für den Völkermord sensibilisiert. Später wurden sogar die Richtlinien zum Rüstungsexport



»Parchim«-Korvetten in Peenemünde – besetzt, um Leben zu beschützen

Foto: ND/Heilig

## Aufbruch und Ankunft

Vom warmen Mäntelchen der Geschichte eingefangen

Von Anke Engelmann

Die letzten Tage der Umweltbibliothek waren vor allem kalt. Unsere Räume in der Berliner Schliemannstraße hatten wir getauscht gegen billigere einige Häuser weiter. Wir hatten uns nach dem Umzug nur notdürftig eingerichtet. Bei den wenigen Veranstaltungen heizten wir den alten Kachelofen mit Bauholz, das damals reichlich im Prenzlauer Berg auf der Straße lag. Die Kälte hing im Raum, fast immer fröstelten wir. Miet- und andere Schulden hatten sich angehäuft. Von den alten UB-Machern waren nur noch wenige an Bord. Kamen höchstens auf ein Schwätzchen vorbei und um Getränke zu fassen, die sie selten bezahlten. Unser Ruf war schlecht, die UB hatte ihren Bonus aus DDR-Zeiten und Desinteresse mit Schlampereien und Desinteresse. Bei den Wenigen, die weitermachten, war bald die Luft

raus. 1998 bestätigte uns das Amtsgericht die Insolvenz.

Dabei schien nach der Wende alles möglich. ABM-Stellen fielen vom Himmel und ermöglichten es, die politische Arbeit aus DDR-Zeiten fortzuführen – und dafür sogar Geld zu bekommen. Endlich raus aus den Nischen, in denen wir uns im Osten eingerichtet hatten. Manche besetzten Häuser in Ostberlin, selbst verwaltete Projekte entstanden, im Umfeld der UB eine Druckerei und ein Fahrradladen. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, mit denen die Kohl-Regierung die Leute ruhig stellen wollte, bescherten uns zudem Geld für Computer und andere Arbeitsmittel.

Doch wie so viele Projekte hat auch die Berliner UB ihre ABM-Stellen nicht lange überlebt. Bereits zuvor hatten Auseinandersetzungen die Gruppe gespalten, das Matthias-Domaschk-Archiv hatte sich abgesetzt. »Die kriegen doch nichts auf die Reihe«, so die

Meinung der Domaschk-Leute, die, mit einer gesunden Menge Realitätssinn ausgestattet, früh an die Fleischtöpfe drängelten, die für die DDR-Geschichtsaufarbeitung zur Verfügung standen.

Das waren die neuen Nischen, und inzwischen sind erstaunlich viele hineingekrochen. Haben sich eingekuschelt ins Mäntelchen der Geschichte, eingerichtet in den Aufarbeitungsinitiativen, Stiftungen und Archiven. Anpassung von Leuten, die zu DDR-Zeiten ohne mit der Wimper zu zucken für ihre Überzeugungen in den Knast gegangen wären – so hat es ein Freund formuliert, der sich inzwischen frustriert zurückgezogen hat. G8-Proteste in Heiligendamm? Atom-Widerstand in Gorleben? Antifa-Arbeit? Soziale Bewegungen gegen Hartz IV? Zu den großen Auseinandersetzungen unserer Zeit kamen allenfalls offene Briefe.

Stattdessen interne Querelen und Gruppenmobbing. Teile der

nicht nur am Südpol, sondern auch am Nordpol gefährdet ist.

18. Februar: Die Leipziger Markuskirche stellt ihre Gemeindebibliothek als »Umweltbibliothek« zur Verfügung.

19. Februar: Aus dem ungarischen Außenministerium kommt

der Vorschlag, eine ungarisch-sovietische Historiker-Kommission zur Aufarbeitung der Geschehnisse im Jahr 1956 einzuberufen.

19. Februar: 20 Roma treten in der Gedenkstätte Neuengamme in den Hungerstreik, um gegen ihre Abschiebung aus der Bundesrepublik zu protestieren.

### 20 Jahre nach '89



## 52 Geschichten

In Teil 6 der ND-Serie (jeweils montags) geht es um die Umweltbewegung in der DDR, die sich beleibe nicht nur um »öko« kümmerte. Die Autorin Anke Engelmann war damals Akteurin. Nächsten Montag: Ost-West-Begegnungen

verschärft. Allerdings hält sich die Bundesregierung oft nicht daran.

● Kannst du dich an weitere UB-Aktionen aus dieser Zeit erinnern?

Während des Bosnien-Krieges haben wir für multi-ethnische Bands aus Bosnien eine Konzertreise von Rostock bis Dresden organisiert. Wir wollten zeigen, dass es Jugendliche gibt, die über konflikt-propagandisierte Grenzen hinweg gemeinsam Musik machen.

● Wie hast du die Nachwendzeit erlebt in Bezug auf politische Arbeit?

Der Freiraum für politisches Engagement war größer als heute, die Menschen waren nicht so mit Alltagsproblemen überlastet. Heute ist es viel schwerer, die Leute so zu mobilisieren, dass sie einen Teil ihrer Freizeit und ihres Geldes abgeben, damit es anderen besser geht.

Nimm die Kriege in Afrika: Der Kongo-Konflikt mit unzähligen vergewaltigten und verstümmelten Frauen und Mädchen war in den Medien sehr präsent. Trotzdem ist es schwer, Menschen für eine Demonstration zu gewinnen.

● Du bist inzwischen bei einer Nichtregierungsorganisation tätig, als Referent für Konfliktarbeit. Wie kommt dir deine »Spontizeit« bei der Arbeit zugute?

Durch meine Erfahrungen in der DDR-Opposition und mit Friedensarbeit in den 90er Jahren kann ich einschätzen, ob manche Geschichten, die die Medien und die Politik verbreiten, stimmen. In der UB haben wir oft Veranstaltungen mit Zeitzeugen oder unabhängigen Beobachtern gemacht, um uns, Freunde und die Öffentlichkeit, zu informieren.

● Was können Gruppen wie die UB bewirken?

Gerade Friedensarbeit braucht außerparlamentarische Unterstützung. Schau dir die Debatte zu Afghanistan im deutschen Bundestag und in den Medien an. Hier findet eine regelrechte Selbsttäuschung statt – die Situation ist viel schlimmer, als sie in Parlamentsdebatten beschrieben wird. Von der zivilen Hilfe kommt fast nichts an. Das militärische Engagement ist erfolglos, kostet aber dafür umso mehr.

● Wie hat sich die DDR-Opposition inzwischen entwickelt?

Viele der Gruppen, die noch in den 90er Jahren aktiv waren, existieren inzwischen nicht mehr. Das hat vielleicht etwas mit unserem Alter und unserer Generation zu tun, aber auch mit dem Gefühl, heute nicht mehr so in die politischen Strukturen eingreifen und etwas bewegen zu können. Und die wohl erfolgreichste außerparlamentarische Bewegung der letzten Jahre – die Anti-Atom-Bewegung um Gorleben – hat westdeutsche Wurzeln.



Die Autorin gehörte nach der Wende zur Berliner Umwelt-Bibliothek. Sie war eines der Vorstandsmitglieder, die die UB 1998 endgültig zu Grabe trugen.

Foto: privat

Szene biss man einfach weg. So die inzwischen als »linksradikal« verschrienen Herausgeber des »telegraph«, der aus den UB-Umweltblättern entstanden war. Eisiges Schweigen, seit dessen Redakteure Wolfgang Templin, Mitbegründer der Initiative Frieden und Menschenrechte, 2004 seine Mitarbeit bei der rechtslastigen Zeitung »Junge Freiheit« in den 90ern vorgeworfen hatten. Auch als 2007 bekannt wurde, dass Teile der »telegraph«-Redaktion vom Bundeskriminalamt bespitzelt wurden, kam von den erklärten Gegnern aller Geheimdienste – nichts.

Vielleicht hat all das dazu geführt, dass sich heute, 20 Jahre nach der Wende, alle einig zu sein scheinen über den Lauf der Geschichte. Die Szene versichert sich ihrer seit Jahren, bei immer denselben Podiumsdiskussionen, die immer die Zeit vor und bis zur Wende zum Thema haben. Immer ist dabei spätestens mit der Wiedervereinigung die Vergangenheit zu Ende.

Warum eigentlich? Vielleicht, weil nach der Euphorie die Ernüchterung kam, nach dem Aufbruch die Ankunft. Mit Existenzängsten, Vereinzelungen – und alles im freiem Fall.

## Reaktion auf das Wegsehen

DDR-Umweltbewegung war keine Müsli-Truppe

Per Beschluss gab es ab 1982 in der DDR keine Umweltprobleme mehr – zumindest nicht offiziell. Mit seiner »Anordnung zur Gewinnung oder Bearbeitung zum Schutz von Informationen über den Zustand der natürlichen Umwelt in der DDR« verschärfte der DDR-Ministerrat bestehende Geheimhaltungsvorschriften zu Umweltdaten. Doch das es mit Luft, Wasser und Wald nicht zum Besten stand, konnte die SED-Führung nicht unter der Decke halten: In den Städten verdreckten kohlebeheizte Öfen die Atemluft, ganze Waldgebiete waren tot, die Flüsse um Industrieregionen wurden zu fischlosen Jauchegruben.

Als Reaktion auf die Politik des Nicht-Wahrhaben-Wollens entstanden seit Ende der 70er Jahre Umweltgruppen, die oft unter dem Dach der Kirche Schutz suchten und fanden. Sammelpunkt der Bewegung war das kirchliche Forschungshaus Wittenberg (KFH), wo sich die Initiativen seit 1982 mindestens einmal im Jahr trafen und das zudem regelmäßig brisante Daten publizierte.

Mobil ohne Auto, Friedensfahrt ohne Sieger, Ausstellungen, Baumpflanzungen, ein »Bitterfelder Marsch« oder Demos gegen den Bau der Autobahn bei Schwerin: Die Gruppen waren praxisnah und aktionsorientiert und genossen zum Teil große Sympathie in der Bevölkerung. Und natürlich viel Aufmerksamkeit durch die Staatssicherheit. So erinnert sich ein Zeitzeuge, wie das Ministerium für Staatssicherheit eine Anti-Autobahn-Demo in Schwerin unterbinden wollte, indem es versuchte, den Organisator abzufangen. Stasi-Leute hielten an allen Bushaltestellen nach einem härtigen jungen Mann Ausschau, verloren jedoch schnell den Überblick. Es waren einfach zu viele Barträger unterwegs.

In der DDR-Umweltbewegung ging es wahrlich nicht nur um Müsli und Öko. Umwelt definierte man als Lebens- und politisches Umfeld. Seit 1986 entstanden in mehreren DDR-Städten Umweltbibliotheken, so 1987 in Großenhensdorf und 1988 in Leipzig. Die erste und wichtigste jedoch fand sich 1986 in Berlin zusammen. Im Keller der Zionsgemeinde, wo sie ihr Domizil hatte, liefen viele Fäden der DDR-Opposition zusammen, hier liefen Aktionen, Info-Veranstaltungen und Ausstellungen. Die UB betrieb ein Archiv und gab die »Umweltblätter« heraus, die die Kirche mit dem Stempel »Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch« vor dem Zugriff der Staatsorgane schützte.

Bekannt wurde die UB mit dem Stasi-Überfall auf ihre Räume im November 1987. Das MfS wollte die UB-Drucker bei der Produktion des illegalen »Grenzfall« ertappen, einer Publikation der Initiative Frieden und Menschenrechte, die auf den Schutz der Kirche verzichtet hatte. Obwohl durch einen Zufall der »Grenzfall« an diesem Abend nicht gedruckt wurde, nahm die Stasi die anwesenden UB-Mitarbeiter fest und löste damit eine Welle der Solidarität aus. Eine Mahnwache formierte sich, die Westmedien berichteten, nach wenigen Tagen mussten die Verhafteten freigelassen werden.

Die Berliner UB machte 1998 wegen finanzieller Probleme dicht. Andere Initiativen wie in Großenhensdorf oder in Leipzig haben bis heute überlebt. ae

## Rückblende 1989

17. Februar: Die polnische Presseagentur kündigt die Gründung einer christdemokratischen Partei an.

18. Februar: In Washington stellen USA-Forscher eine Studie vor, die belegt, dass die Ozonschicht

tiker Václav Havel wird in Prag wegen »Rowdytums« zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

22. Februar: Die Bundesregierung bestellt den Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Horst Neubauer, wegen neuerlicher Schüsse auf Flüchtlinge an der Grenze ins Kanzleramt ein.

21. Februar: Der tschechische Kri-

Die Rückblende in das Jahr 1989 erscheint wöchentlich. ves